

Wahlprüfsteine

BAG Psychiatrie-Erfahrener

Das junge MV.

FDP Mecklenburg-Vorpommern, Goethestraße 87, 19053 Schwerin

Bundesarbeitsgemeinschaft
Psychiatrie-Erfahrener
Herrn Rene Talbot
Herrn Uwe Pankow
per Email: die-bpe@gmx.de

Schwerin, den 22. August 2016

Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2016 in Mecklenburg-Vorpommern hier: Ihre Email vom 17. August 2016

Sehr geehrter Herr Talbot,
sehr geehrter Herr Pankow,

vielen Dank für Ihre Email mit den Wahlprüfsteinen der Bundesarbeitsgemeinschaft Psychiatrie-Erfahrener. Sehr gerne werden wir im Folgenden auf Ihre Fragen eingehen und unsere liberalen Positionen darstellen.

- (1) Schließt sich die FDP in Mecklenburg-Vorpommern der Sichtweise an, dass psychiatrische Zwangsbehandlung eine Foltermaßnahme bzw. grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung ist, wie sie vom UN-Berichtersteller über Folter und dem UN-Fachausschuss für die Rechte von Behinderten disqualifiziert wurde?

Die FDP setzt sich wie keine andere Partei für Freiheit und Bürgerrechte ein. Unsere Politik ist vom Respekt vor der Verfassung und den Bürgerrechten geprägt. Wir setzen uns immer wieder dafür ein, dass nicht durch immer neue Gesetze die Bürgerrechte unverhältnismäßig stark eingeschränkt werden.

Dennoch ist aus unserer Sicht hier eine differenzierte Betrachtung notwendig. Wir befinden uns dabei in einem Spannungsfeld zwischen dem Recht auf Nichtbehandlung und der medizinisch indizierten Notwendigkeit einer Behandlung. In der Diskussion müssen wir einen Weg finden, der rechtssicher und verfassungskonform ist. Es geht um die Stärkung von Patientenrechten bei einer gleichzeitigen größtmöglichen Beschränkung zwangsweiser Behandlung.

Freie
Demokraten

Mecklenburg-
Vorpommern FDP

(1a) Wenn Nein, warum nicht?

Ein vollständiges Verbot der – grundsätzlich abzulehnenden – Zwangsbehandlung würde auch die Fälle betreffen, in denen eine Zwangshandlung zur Wiederherstellung der Selbstbestimmungsfähigkeit des Patienten durchgeführt wird. Darüber hinaus wären auch die Fälle betroffen in denen ein Patient, der nicht einwilligungsfähig ist, die Behandlung eines akuten Zustands, wie beispielsweise eines Herzinfarkts, ablehnt.

(2) Setzt sich die FDP in Mecklenburg-Vorpommern für eine konsequent gewaltfreie und damit menschenrechtskonforme Psychiatrie ein?

Ja.

(3) Unterstützt die FDP in Mecklenburg-Vorpommern die Forderung nach der Abschaffung psychiatrischer Sondergesetze (PsychKG), so wie es durch die UN-Behindertenrechtskonvention vorgeschrieben ist?

Wir sind für eine kontinuierliche Fortentwicklung der aktuellen Rechtslage im Sinne der Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts und der UN-Konvention.

(3a) Wenn Nein, warum nicht?

Die Abschaffung würde es dem medizinischen Personal unmöglich machen in den beschriebenen Ausnahmefällen zu behandeln ohne sich strafbar zu machen. Dies wäre auch nicht im Interesse der Patienten.

(3b) Wenn Ja, wird die FDP in Mecklenburg-Vorpommern in der kommenden Legislatur einen entsprechenden Gesetzgebungsvorschlag zur Abschaffung aller Zwangselement im PsychKG in den Landtag und/oder die Landesregierung einbringen?

entfällt

(4) Ist die FDP in Mecklenburg-Vorpommern bereit, nicht nur auf Landesebene, sondern auch auf Kreis- und Kommunalebene den Sozialpsychiatrischen Dienst auf bedingungslose Gewaltfreiheit festzulegen?

Ja.

(4a) Wenn Nein, warum nicht?

Wir freuen uns darauf, diese und weitere Fragen in einem persönlichen Gespräch zu diskutieren.

Gerne werden wir dann Ihre Anregungen in unserer politischen Arbeit berücksichtigen.

Mit freundlichen Grüßen



Cécile Bonnet-Weidhofer

Spitzenkandidatin



René Domke

Landesvorsitzender